



FEM.A



Femme Fiscale



Presseunterlage

„Feministische Budgetrede“

13. Oktober 2021, via Zoom

Gesprächspartnerinnen:

Klaudia Friebe, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings, office@frauenring.at,
Tel. 0664-6145800

Mag.^a Maria Rösslhumer, Geschäftsführerin des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser -
AÖF, stv. Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings, maria.roesslhumer@aoef.at,
Tel. 0664-793 07 89

Dr.ⁱⁿ Elisabeth Klatzer, Ökonomin, Femme Fiscale / Mehr für CARE!, elisabeth.klatzer@gmx.net

Mag.^a Christa Kirchmair, Equal-Pay-Expertin, stv. Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings,
christa@christakirchmair.com

Mag.^a Susanne Wunderer, Vorstand Verein FEM.A - Feministische Alleinerzieherinnen,
susanne.wunderer@verein-fema.at, Tel. 0664-1232423

Link zum Mitschnitt der Zoom-PK: <https://youtu.be/I-5c2NWolMQ>

**Petition an die Bundesregierung, um der Forderung nach sofortiger Umsetzung des
Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung Nachdruck zu verleihen:**

<https://mein.aufstehn.at/petitions/1-2-milliarden-fur-den-rechtsanspruch-auf-kinderbetreuung-jetzt>

Frauen dürfen nicht länger draufzahlen! Frauenorganisationen stellen den ungerechten Steuerreformplänen der Krisen-Regierung ein geschlechtergerechtes Budget entgegen

Seit Tagen ist Österreich mit den Skandalen rund um Ex-Kanzler Kurz und die ÖVP beschäftigt, statt sich Zukunftsthemen wie Pflege, Bildung oder Klimapolitik zu widmen. Der türkise Skandal hat auch geschlechterpolitische Sprengkraft: Ganze 1,2 Milliarden Euro hätten in Kinderbetreuung investiert werden sollen – wären Sebastian Kurz nicht Intrigen und seine eigene Karriere wichtiger gewesen. Doch auch die geplante – weder öko, noch soziale – Steuerreform, die nun trotz Kurz' Abtritt rasch auf Schiene gebracht werden soll, ist alles andere als ein frauenpolitisches Vorzeigeprojekt.

Ersten Berechnungen zufolge werden Männer im Schnitt doppelt so stark profitieren wie Frauen. „Diese Steuerreform ist in erster Linie ein Geschenk an Großverdiener und Konzerne. Dringender denn je bräuchte es jetzt „Mehr für Care“ – massive Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung und Pflege, eine ambitionierte Klimapolitik sowie Gender Budgeting auf allen Ebenen. Gerade angesichts der erschütternden Enthüllungen muss die Bundesregierung Geschlechtergerechtigkeit endlich zur Priorität erklären“, so Klaudia Friebe, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

Bei einer Zoom-Presskonferenz am 13. Oktober 2021 haben Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen ihre Kritik an der ungerechten Steuerreform formuliert und alternative Konzepte für mehr Geschlechter- und Klimagerechtigkeit in der Budgetpolitik präsentiert.

Klaudia Friebe, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings

Anlass, diese Pressekonferenz abzuhalten, war und ist unsere Vermutung, dass – so wie in den vergangenen Jahren – die Mittel im Budget für Gleichstellung, die Abgeltung von Care-Arbeit, Gewaltschutz und feministischer Arbeit viel zu gering sein werden. Darüber hinaus möchten wir aber auch auf die in der Regierung vereinbarte und als „öko-soziale“ Steuerreform beworbene Maßnahme hinweisen, die unserer Meinung nach diesen Namen nicht verdient.

Nicht nur, dass vor allem Frauen und Geringverdienende in ungleich geringem Ausmaß von den angekündigten Maßnahmen profitieren, kritisieren wir auch, dass in dieser Regierung das verfassungsrechtlich verbindliche Gender Budgeting offensichtlich außer Kraft gesetzt wurde. Anders kann man es nämlich nicht verstehen, dass die Regierung die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Verwendung von Steuergeldern, zu dem sie verpflichtet ist, nicht miteinbezogen hat.

Die skandalösen Chats und ihre Auswirkungen

Wären das Budget, unsere Forderungen und diese unsoziale Steuerreform die Themen unserer heutigen feministischen Budgetrede, haben uns die Ereignisse der letzten Tage veranlasst, ein Statement dazu und zu einem ganz bestimmten Thema abzugeben.

Wir wurden Zeuginnen von Vorgängen in dieser Republik, die zum Teil unfassbar sind und für unmöglich gehalten wurden. Was uns aber besonders empört, sind in den nun aufgetauchten skandalösen Chats die Vorgänge rund um die Verhinderung der bereits paktierten Bereitstellung für die Mittel zur Umsetzung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung, eine zentrale Forderung von Frauenorganisationen, SozialpartnerInnen und Kinderorganisationen!

Es macht uns fassungslos, dass es bereits seit 2017 diesen Anspruch hätte geben können!

Verhindert von einer Politik, die dafür kein Geld ausgeben will oder wollte!

Verhindert von einer Politik, die seit diesem Zeitpunkt Frauenpolitik zu Bittstellerinnenpolitik gemacht hat!

Ab diesem Zeitpunkt erfolgte die finanzielle Kürzung zahlreicher Frauenorganisationen und Beratungseinrichtungen, die sehr wertvolle Arbeit für Frauen leisten, die sonst keine Lobby haben. Die Politik hat damit viele Beratungseinrichtungen und feministische Initiativen an den Rand des Ruins gebracht, während Steuergeld in hohem Ausmaß mutmaßlich für Oberflächlichkeiten und Eitelkeiten vergeudet wurde, statt Vereinbarkeit für Familien und feministische Arbeit zu ermöglichen!

Seit 2017 hätten viele Frauen ihre Chance auf eine Berufstätigkeit nutzen können! Die Investition in den Rechtsanspruch hätte für Frauen und den Staat einen Mehrwert gebracht! Es sind verlorene Jahre der Chancen für Frauen, es sind verlorene Jahre für Gleichstellung und Gewaltschutz. Besonders Alleinerziehende hätten einige Sorgen weniger.

Das ist verwerflich und macht fassungslos und wir verurteilen eine solche Vorgangsweise zutiefst!

Budget 2022

Die Vermutung, dass auch dieses Budget viel zu wenig Geld für Frauen in Österreich vorsehen wird, ist groß. So wurde beispielsweise im Zuge der Regierungskrise über Medien ein Betrag von 16,6 Mio. Euro für den Gewaltschutz 2022 kolportiert. Wie bereits erwähnt, eine Vermutung, jedoch viel zu wenig!

Aus Anlass der hohen Anzahl von Femiziden wurde von der Regierung im Mai ein Gewaltschutzpaket in der Höhe von 24,6 Mio. Euro versprochen. Ein Versprechen, das nach wie vor nicht erfüllt ist, ein Versprechen, das für viele Organisationen ein leeres ist und eine bittere Erfahrung war, weil ihr Einsatz und ihr Engagement nicht beachtet wurde! Hier sei erwähnt, dass auch die Auszahlung der laufenden Förderungen zum Teil so verspätet erfolgte, dass der laufende Betrieb fast nicht mehr finanziert werden konnte und in den Beratungseinrichtungen Ganztagsarbeitsplätze in prekäre Arbeitsformen umgewandelt werden mussten. Angemerkt sei, dass es um Steuergelder geht, die nicht ausbezahlt wurden.

Versprochen wurde das Paket aber auch von einer Regierung, die es nicht als notwendig erachtet hat, erfahrene Expertinnen aus dem Gewaltschutz auf Augenhöhe einzubeziehen und nach wie vor nicht bereit ist, Gewaltschutz ordentlich und ausreichend zu finanzieren um die Istanbul-Konvention, zu der sich Österreich völkerrechtlich verpflichtet hat, umzusetzen.

Die Politik hat also unserer Ansicht nach, massiven finanziellen und strukturellen Handlungsbedarf, um Steuergelder gleichmäßig zu verteilen und damit besonders das Leben von Frauen zu erleichtern, ihre Arbeit zu bewerten und ihre soziale Absicherung sicherzustellen.

Unsere zentralen Forderungen an die Politik:

- Wir fordern ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu einer eigenständigen Frauenpolitik.
- Wir fordern ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu einer Gleichstellungspolitik, so wie sie auch in der Verfassung verankert ist.
- Wir fordern die budgetären Mittel, die notwendig sind, um Frauen- und Gleichstellungspolitik effektiv umzusetzen.
- Wir fordern die gesellschaftliche und finanzielle Ankerkennung der Sorgearbeit. Eine Gesellschaft, die von Frauen verlangt, unbezahlt zu arbeiten, muss diese Arbeit auch als soziale Absicherung anerkennen.

Frei nach Marie Jahoda: Frauen sind nie arbeitslos, Frauen sind erwerbslos!

Maria Rösslhuber, Geschäftsführerin Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser - AÖF, stv. Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings

Wir sind entsetzt und wütend über die derzeitigen Vorgänge in der Politik, bzw. in der türkis-grünen Regierung. Die türkis-blaue Regierung hat unser Land bereits tiefst erschüttert, aber das was wir jetzt miterleben müssen ist kaum zu überbieten. Und das Patriachat mit all seinen vielen negativen Facetten und Ausprägungen ist spürbarer denn je: Machtmissbrauch, zunehmende Verrohung, verbale und sexistische Gewalt, Frauenhass und Frauenfeindlichkeit und toxische Männer fasst überall. All das bringt unsere wertvolle Demokratie in Gefahr. Die demokratischen Grundwerte und die Rechtsstaatlichkeit werden permanent missachtet und gefährdet.

Österreich ist daher noch immer ein feministisches Entwicklungsland. Von einer echten Gleichstellung zwischen Frauen und Männern sind wir weit entfernt und wir entfernen uns immer mehr davon. Die Errungenschaften der Frauenbewegung und Frauenpolitik aus den 70er Jahren werden systematisch abgebaut.

Diese Verrohung in der Politik und in der Gesellschaft wird auf den Rücken der Frauen ausgetragen, egal wohin man schaut. Das sieht man bei der Steuerreform und beim sogenannten „Familienbonus“, die sozial ungerecht sind und Frauen immer stärker in Armut und Abhängigkeit zwingt. Kinder sind davon ebenfalls massiv betroffen.

Darüber hinaus passiert tagtäglich Gewalt an Frauen und Kindern – vor allem die schwere Gewalt an Frauen und Femizide nehmen stetig zu. Wir haben 2021 bereits 21 Femizide und 38 Mordversuche an Frauen. Auch die Morde an Kindern sind beachtlich, laut einer Erhebung des Justizministeriums wurden in den letzten 5 Jahren 24 Kinder Mordopfer von häuslicher Gewalt. Dennoch gibt es zu wenig wirksame Maßnahmen dagegen und es fehlen die notwendigen Ressourcen und finanziellen Mittel für den Opferschutzbereich.

Wir erinnern daran, dass Österreich die Istanbul-Konvention ratifiziert hat und sich verpflichtet hat, alles zu tun um Frauen und Kinder bestmöglich zu schützen und zu unterstützen und nicht nur allgemein, sondern auch jede einzelne Frau in ihrer individuellen Situation.

Wir wissen, dass die Folgekosten von häuslicher Gewalt enorm hoch sind, sie haben 2011 bereits 3,7 Milliarden Euro jährlich ausgemacht. Aktuell sind sie bestimmt um ein Vielfaches gestiegen. Um diese Kosten zu senken, muss in Prävention und Gleichstellung investiert werden. Wir fordern die Regierung auf, bei der Sicherheit von Frauen und Kindern nicht mehr zu sparen, sondern endlich umfassend zu investieren.

Frauen und Kinder sind die wichtigsten Säulen unserer Gesellschaft. Sie sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Frauen sorgen für Frieden, für sozialen Frieden in unserer Gesellschaft, sie sorgen sich um die Kinder, leisten den überwiegenden Teil der Care-Arbeit und Pflegearbeit. Daher müssen Frauen dem Staat alles Erdenkliche wert sein!

Unsere Forderungen:

- Wir brauchen mehr finanzielle Mittel als nur 14 Millionen für das Budget der Frauenministerin oder 16,6 Millionen für Gewaltprävention. Wir benötigen mindestens 228 Millionen Euro jährlich und zusätzlich 3.000 Vollzeitarbeitsplätze für die Arbeit im Opferschutzbereich.

- Allein schon, um die Gemeinwesenarbeit mit der Gewaltprävention zu verbinden und zu koordinieren, benötigen wir 2.100 Vollzeitstellen. Um effiziente und nachhaltige Gewaltprävention zu leisten, braucht es in jeder Gemeinde in Österreich eine/-n ausgebildete/-n StoP-Koordinatorin oder -Koordinator. Das Projekt „StoP-Stadtteile ohne Partnergewalt“ bildet derzeit KoordinatorInnen aus und leistet diese Gemeinwesenarbeit derzeit lediglich in 14 Standorten, aber auch dafür gibt es keine langfristige Finanzierung.
- Auch die Frauenhäuser brauchen zusätzlich 120 Personalstellen mehr, um die umfangreiche Arbeit bewältigen zu können. Wir haben im Rahmen der Allianz GewaltFREI leben errechnet, dass jedes Frauenhaus mindestens 4 zusätzliche Stellen benötigt (jeweils 2 für die Unterstützung von Frauen und 2 für die Unterstützung von Kindern).
- Auch der Verein AÖF benötigt für die umfassende Bewusstseinsarbeit und Beratungsarbeit bei der Frauenhelpline 4 weitere Vollzeitstellen.
- Um Kinder und Jugendliche vor häuslicher Gewalt zu schützen, braucht es weitere Millionen, jedoch gibt es z.B. kein Geld und keinen Fördertopf im Bildungsministerium für Gewaltpräventionsarbeit in Schulen. Es gibt derzeit 1,72 Millionen Kinder und Jugendliche bis 19 Jahre, davon etwa 1,1 Millionen Schulkinder. Wir haben insgesamt 1,1 Millionen Schülerinnen und Schüler, wobei es um ca. 30.000 mehr Schüler als Schülerinnen gibt.
- Wir fordern daher das Bildungsministerium auf, mindestens 4 Millionen für die Gewaltpräventionsarbeit in Schulen bereitzustellen.

Elisabeth Klatzer, Ökonomin, Femme Fiscale / Mehr für CARE!

Dr.ⁱⁿ Elisabeth Klatzer, Ökonomin und bei Mehr für CARE! aktiv, betont, „Es braucht ein wirtschaftspolitisch sinnvolles und gerechtes Budget, jetzt mehr denn je. Das Budget und die Steuervorschläge der Regierung erfüllen diese Kriterien nicht, sondern bedienen die Interessen einzelner Gruppen, vor allem von Besserverdienenden und Konzernen.“

Demgegenüber stellt Klatzer mit Verweis auf das Mehr für CARE!-Konjunkturpaket (siehe www.mehr-fuer-care.at) fünf dringend nötige Maßnahmen für das Budget 2022 vor:

„Maßnahme 1: Ein Zukunfts- und Bildungspaket mit Investitionen von 3 Mrd. Euro: 2 Mrd. in Elementarbildung und Kindergärten für höhere Löhne, zusätzliche pädagogische Fachkräfte und einen Ausbau der Plätze, sowie 1 Mrd. in den Ausbau der Ganztagschulen.“

Maßnahme 2: Gerechte Familienförderung bedeutet statt den Steuergeschenken für Besserverdienende mit dem „Besserverdienender-Papa-Bonus“ (alias Familienbonus) eine Erhöhung der Familienbeihilfe für alle, das hilft vor allem den 300.000 armutsgefährdeten Kindern und verhindert, dass die Männer das Geld bekommen, während die Frauen die Arbeit haben.

Maßnahme 3: Ein Pflegepaket in der Höhe von 3 Mrd. Euro für mehr Qualität der Pflege, gerechte Entlohnung, mehr Personal, mehr Ausbildungsplätze, damit menschenwürdige Pflege zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen möglich wird und mehr Pfleger*innen im Job bleiben können.

Maßnahme 4: Gerechte Steuerpolitik anstatt der unsozialen, ungerechten und unökologischen Steuerreform mit Steuergeschenken an Konzerne und Besserverdiener gehen. Klatzer erinnert auch,

dass jede Steuersenkung zu fehlenden Milliarden im Budget führt, und verweist auf die Kampagne von Femme Fiscale unter dem Motto „Wir lieben Steuern!“.

Als 5. Maßnahme schlägt Klatzer ein Solidaritäts- und Lebensrettungspaket in der Höhe von 3 Mrd. Euro vor, das neben ausreichender Finanzierung und mehr Personal für Gewaltschutz, für unabhängige Frauenprojekte und feministische Projekte, Ausbau von Kassenleistungen für therapeutische Leistungen und Gesundheitsversorgung vorsieht, ebenso wie eine Erhöhung der Einkommen jener, die am wenigsten haben, einschließlich der Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent, und eine Erhöhung der Mindestsicherung sowie internationale Zusammenarbeit zu Gesundheit, sozialer Sicherheit und nachhaltiger Wirtschaft.

„Das ist gerecht. Das ist ökonomisch sinnvoll!“, fordert Klatzer abschließend in Richtung Bundesregierung, diese fünf Vorschläge ins Budget für 2022 aufzunehmen.

Christa Kirchmair, Equal-Pay-Expertin, stv. Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings

Österreich war einmal Vorreiterin in Sachen Gleichstellung, Gender Budgeting steht in unserer Verfassung. Heute sind wir fassungslos ob der Ignoranz, die dem Thema Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter entgegengebracht wird. Die Probleme und Herausforderungen liegen klar am Tisch. Auch die Lösungen sind bekannt. Statt mit Vorbildwirkung vorwärts zu gehen, sozusagen als Role Model, und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, werden alte Stereotypen weiter gepflegt und bestehende Probleme verschärft. Wir fordern ein Budget und eine Steuerreform nach Richtlinien des Gender Budgeting und Investitionen, die uns als Gesellschaft weiterbringen. Wir brauchen strukturelle Reformen, die die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ändern, z.B. in der Kinderbetreuung, Pflege, Care-Arbeit, um einige zu nennen. Wir fordern Reformen, die Equal Pay ermöglichen und Frauen ein höheres Einkommen ermöglichen.

Susanne Wunderer, Vorstand Verein FEM.A - Feministische Alleinerzieherinnen

Wie ist die Situation alleinerziehender Mütter in Österreich?

1. Es gibt in Österreich 162.000 Alleinerzieher*innen, die 238.300 Kinder betreuen. Das entspricht der Bevölkerung Vorarlbergs. Frauen stemmen dabei den Löwenanteil. Mit 88,2% stellen sie den größten Teil der Alleinerziehenden.
2. Alleinerzieher*innen gehören seit Jahrzehnten zu einer der Bevölkerungsgruppen in Österreich, die am stärksten von Armut und Ausgrenzung bedroht sind. Aktuell sprechen wir von einer Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in der österreichischen Gesamtbevölkerung von 17%, während Alleinerzieher*innen zu 45% von Armut oder Ausgrenzung bedroht sind.
3. Verschärfend für die Alleinerzieher*innen kommt hinzu, dass entgegen dem gesamtgesellschaftlichen Trend in Österreich die Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung unter den Alleinerzieher*innen in den vergangenen 10 Jahren zugenommen hat.
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung Gesamtbevölkerung: 2010: 19% - 2020: 17%
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung Alleinerzieher*innen: 2010: 39% - 2020: 45%

4. Alleinerziehende Mütter sind wesentlich stärker von Armut oder Ausgrenzung bedroht als alleinerziehende Väter.
 Österreichischer Familienbericht 2009 – 2019:
 Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung 2013 – 2018
- | | |
|-------------------------|-------|
| Alleinerziehende gesamt | 41,7% |
| alleinerziehende Väter | 28,6% |
| alleinerziehende Mütter | 43,3% |
5. Corona hat wie ein Brennglas gewirkt und die Ungleichheit noch einmal verstärkt.
 Keynote speech Volkshilfe-Symposium 11.10.2021, „Über die Lage der Kinderarmut durch COVID“
 Karin Heitzmann, Sozioökonomin, Institut für Sozialpolitik und Forschungsinstitut Economics of Inequality (INEQ) der WU Wien:
- Aufwachsen in einem Alleinerziehenden-Haushalt als einer der Top-drei-Indikatoren für Kinderarmut
 - Pandemie hat bestehende Ungleichheiten verschärft und Lücken bei den Maßnahmen zur Armutsbekämpfung vergrößert

Vor diesem Hintergrund ...

1. ... führt die Bundesregierung den **Familienbonus** ein, der gutverdienende erwerbstätige Eltern belohnt. „Das stellt einen Schlag ins Gesicht aller alleinerziehenden Frauen dar, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten ihrer Kinder zurückstellen mussten, die in ihren Teilzeitjobs zu wenig verdienen, um für den Familienbonus anspruchsberechtigt zu sein, die täglich einen zweiten Elternteil ersetzen müssen,“ führt Susanne Wunderer (Mitglied Vorstand FEM.A, Verein Feministische Alleinerzieherinnen) aus. Er desavouiert die Care-Arbeit, die Alleinerzieherinnen unbezahlt jeden Tag erbringen und damit einen wertvollen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten. „Denn das ist das Signal, das die Bundesregierung mit dem Familienbonus an die Alleinerzieherinnen sendet: ‚Eure Arbeit ist nichts wert.‘“, so Wunderer.

Beispiele aus der FEM.A-Praxis, wo sich laufend Alleinerzieherinnen mit ihren Problemen melden, zeigen, wo die Probleme des Familienbonus u.a. liegen:

- Der Vater zahlt Unterhalt, kümmert sich darüber hinaus aber nicht um das Kind – die gesamte Betreuungsleistung wird von der Mutter erbracht. Dennoch erhält der Vater den Familienbonus in voller Höhe.
- Getrennt lebende Eltern müssen sich über eine Aufteilung des Familienbonus einigen. Gelingt das nicht, erhält jeder Elternteil automatisch 50%. Die Mutter hat bereits in aufrechter Beziehung den Großteil der Kinderbetreuung geleistet, was Grund für die Trennung war. Der Vater erhält trotzdem 50% des Familienbonus.

„Alleinerzieherinnen trifft die volle Belastung durch die Steuerreform, sie erhalten jedoch am wenigsten zurück. Wieder einmal sind sie die Verliererinnen des Systems.“, bringt es Susanne Wunderer auf den Punkt.

2. ... müssen wir nun erfahren, dass die türkise Truppe rund um Sebastian Kurz 2016 die Investition von **1,2 Mrd. Euro** in **Kinderbetreuung** sabotiert hat, dies aus ausschließlich egoistischen Motiven und zum Schaden aller Familien, aber vor allem der Alleinerzieherinnen und ihren Kindern.

Wunderer abschließend: „**FEM.A fordert daher:**

1. einen **Familienbonus, der die unbezahlte Care-Arbeit** genauso **belohnt**, wie Erwerbsarbeit und somit den Namen „Familienbonus“ verdient – denn Alleinerzieherinnen und ihre Kinder sind auch Familie.
2. einen Ausgleich für die zusätzliche Belastung durch die (notwendige und wichtige) CO2-Besteuerung durch eine **Erhöhung der Familienbeihilfe**. Denn Alleinerzieherinnen gehören ohnehin bereits zu einer der am stärksten von Armut und Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsgruppen in Österreich – woher soll das Geld für die Preiserhöhungen in Folge der CO2-Besteuerung kommen, wenn es schon zuvor kaum für das Nötigste gereicht hat?
3. die Bereitstellung von **zusätzlich 1,2 Mrd. Euro** für den Ausbau der ganztägigen, ganzjährigen, flächendeckenden und kostenfreien Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen. Denn es ist beschämend, dass der türkisen Truppe rund um Sebastian Kurz die Sabotage dieses Vorhabens gelungen ist – Österreich darf sich das nicht gefallen lassen.“

Rückfragen & Kontakt:

Kludia Friebe, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings, office@frauenring.at,
Tel. 0664-6145800

Mag.^a Maria Rösslhumer, Geschäftsführerin des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser - AÖF, stv. Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings, maria.roesslhumer@aoef.at,
Tel. 0664-793 07 89

Dr.ⁱⁿ Elisabeth Klatzer, Ökonomin, Femme Fiscale / Mehr für CARE!, elisabeth.klatzer@gmx.net

Mag.^a Christa Kirchmair, Equal-Pay-Expertin, stv. Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings, christa@christakirchmair.com

Mag.^a Susanne Wunderer, Vorstand Verein FEM.A - Feministische Alleinerzieherinnen, susanne.wunderer@verein-fema.at, Tel. 0664-1232423